

«Die sanfte Macht der Kultur erweist sich oft als hilflos»

Gespräch mit Jutta Limbach, der ehemaligen Präsidentin des Goethe-Instituts, über Bildung und interkulturelles Verstehen

Was ist Bildung? Wem kommt sie zugute? Wer kann an Bildung teilhaben? Welche Werte transportiert Bildung? Was leistet sie zum Wohl der Gesellschaft? Diese und andere Fragen stellte NZZ-Chefredaktor Markus Spillmann der ehemaligen Präsidentin des deutschen Goethe-Instituts und früheren Vorsitzenden des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach.

Frau Limbach, was verstehen Sie unter Bildung?

Jutta Limbach: Bildung ist im Gegensatz zur Erziehung mehr als das Erlernen von Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Bildung zielt auf die Persönlichkeit, auf den Charakter und die Fähigkeit des Menschen, am Leben der Gesellschaft als Bürger und Bürgerin teilzunehmen. Bildung meint einen Prozess, einen Weg zur Kultur. Ihr Ziel besteht darin, den Menschen zur Eigenständigkeit, zur Mündigkeit zu erziehen. Das bedeutet auch Erziehung zur Freiheit, zu einer verantwortlichen denkenden Persönlichkeit, die begierig ist, sich auf die Welt und ihre unterschiedlichen Kulturen einzulassen.

Sie haben eben das Wort «begierig» verwendet. Würden Sie die These unterstützen, dass Bildung einem nie endenden Prozess gleichkommt, mehr wissen zu wollen als das schon Bekannte?

Ja. Wir beobachten, dass die Bildungsziele immer wieder fortgeschrieben werden. Toleranz als ein Bildungsziel, das heute eine grosse Rolle spielt, kennen wir zwar schon seit langem. Aber wir denken es fort. Wir verstehen heute unter Toleranz mehr als Duldung. Toleranz schliesst die Achtung des anderen und die Bereitschaft ein, sich in den anderen hineinversetzen zu können.

Erziehung zur Demokratie

Verbreitert sich derzeit nicht schleichend der bildungspolitische Graben zwischen denen, die mehr wissen, und denen, die weniger wissen, aber auch weniger wissen wollen?

Nein, dieser Graben ist nicht breiter als früher. Aber wir haben heute ein anderes Problembewusstsein. Wir mussten uns nach 1945 der Einsicht stellen, dass die hochgepriese bürgerliche Bildung der Deutschen nicht vor dem Rückfall in die Barbarei bewahrt hat oder, um es mit George Steiner zu sagen, dass diese sich als unfähig erwiesen hat, die Deutschen gegen mörderische Unvernunft zu immunisieren. Theoretiker haben Bildung als einen Inbegriff von Wissen und Kennerschaft beschrieben, den viele Europäer teilen, soweit sie einer bestimmten Schicht, dem gehobenen, dem akademischen Bürgertum, angehören.

Liberaler Geister wie Ralf Dahrendorf und Hildegard Hamm-Brücher haben nach 1945 darüber diskutiert, wie man dieses alte Bildungsverständnis aus seiner Exklusivität herausheben kann. Ihnen ging es um zweierlei: Der Zugang zur Bildung sollte künftig nicht vom Vermögen und vom gesellschaftlichen Status abhängen. Vor allem sollten die Menschen zur Demokratie erzogen werden. Ein Wandel von der Untertanengesellschaft zu einer Staatsbürger-Kultur schwebte ihnen vor. Die Bundesrepublikaner und -republikanerinnen sind diesen Weg durchaus gegangen. Nicht zu leugnen ist, dass dieser Abschied von der ausgrenzenden Funktion des Bildungsverständnisses zunächst zu einem inhaltlichen Schwund geführt hat. Ich gebe zu, wir hatten in der Bundesrepublik Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre Schwierigkeiten mit dem Begriff der Elite und der guten Gesellschaft.

Das Ziel der Bildung hat sich demnach verändert – die Herausbildung einer Gesellschaft aus verantwortlichen Demokraten statt die Wissensmonopolisierung durch ein sozial abgeschotetes Bürgertum. Warum wollte man die Inhalte verändern?

Eine funktionale Betrachtung eines Bildungsziels läuft leicht Gefahr, Inhalte über Bord zu werfen, die nicht nützlich zu sein scheinen. Die alten Sprachen, ja selbst der Konjunktiv erschienen so manchem damals als bildungsbürgerlicher Zierrat oder Ballast. Die 68er Bewegung sah auf solchen Bildungsinhalten etwas viel alten Staub liegen, und diesen wollte man halt ausfegen.

Jerusalem, Athen und Rom

Mit Erfolg?

Ja. Ich meine, dass diese – wenn auch zuweilen über das Ziel hinausschiessende – Kritik letztlich dazu geführt hat, dass wir heute über Bildungsziele differenzierter und politischer diskutieren. Und gleichwohl – oder gerade deswegen – sehen wir die Wurzeln der europäischen Kultur nach wie vor in Jerusalem, Athen und Rom. Die Altphilologie, Latein und auch Altgriechisch erleben eine Renaissance. Man hat begriffen, dass es in der Gesellschaft immer einige geben muss, die sich dieses aneignen und weitertragen, auf dass noch immer Menschen die klassischen Werke der Literatur und der Philosophie im Original zu lesen vermögen. Ich halte das nicht für elitär, sondern für eine notwendige kulturpolitische Aufgabe.

Aber es bleibt das Wissen einer schmalen Schicht.

Das ist gewiss richtig. Aber wer von uns verfügt heute schon über ein umfassendes Wissen?

Es wird immer Eliten geben, die alte Wissensbestände ohne Rücksicht auf deren berufliche Nützlichkeit bewahren und tradieren. Solange dieser Vorzug nicht zu einem übersteigerten Selbstwertgefühl und gesellschaftlicher Abschottung verführt, ist dagegen nichts einzuwenden. Das wiedererwachte Interesse an Sprachen kommt allen Bürgern zugute, die heute mehr als früher Fremdsprachen lernen müssen, um sich in einer entgrenzten Welt zurechtzufinden.

Sie haben Bildung hergeleitet aus verschiedenen inhaltlichen Faktoren, als eine Kombination aus Traditionellem und Modernem. So gesehen ist Bildung ein Prozess und eine Aufgabe, das Alte zu pflegen und es gleichzeitig geschickt zu verweben mit dem Neuen, mit den Ansprüchen der heutigen und künftigen Welt. Überfordern wir mit zu ambitionierten Vorgaben nicht unsere Schüler?

Diese Sorge ist nicht von der Hand zu weisen. Die von Ihnen angesprochene Konkurrenz von Lernzeiten ist schon Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und spielt in unserem Land bei der Zweisprachigkeit der MigrantInnen eine Rolle. Ist es sinnvoll, Kindern mit Migrationshintergrund, die in der Schule Deutsch sprechen und lernen, auch noch Türkisch-Unterricht zu erteilen? Wir sollten die Kinderköpfe, aber vor allem die unserer Gymnasiasten, nicht unterschätzen.

Wenn es dagegen um das schulische Zeitbudget geht, sollte bedacht werden, dass Sprache nicht nur ein Mittel der Kommunikation ist. Sprache ist mit einem Erkenntnisgewinn verbunden, den wir gern mit dem Wort kulturelle Kompetenz auf den Begriff bringen. Mit jeder Fremdsprache lernt der Mensch andere Denkweisen und Mentalitäten kennen. Wie hat es Goethe so treffend gesagt: Wer fremde Sprachen nicht lernt, kennt seine eigene nicht. Wir sollten Bildung nicht nur unter der Kategorie des Nutzens betrachten. Bildung soll den Horizont weiten und uns vor Fachidiotentum schützen. Gerade in der akademischen Welt lässt sich gut beobachten, dass grenzüberschreitendes Denken Kreativität freisetzt und kritische Fragen ermöglicht.

Wie vermitteln wir, dass Bildung elementarer Bestandteil für das demokratische Verständnis einer Gesellschaft ist – und dass auch ganz klassische Tugenden wie Fleiss, Anstand, Verlässlichkeit, Verantwortungsbewusstsein oder Mitgefühl als elementare Bestandteile für ein friedliches Zusammenleben dazugehören?

Schon im Elternhaus muss der Grundstein für die bürgerlichen Tugenden gelegt werden. In dieser Einsicht ist das Familienrecht in Deutschland um eine Vorschrift ergänzt worden, die bestimmt, dass die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder die wachsende Fähigkeit und das Bedürfnis des Kindes zu selbständigem und verantwortungsbewusstem Handeln zu berücksichtigen haben. Ein Appell, der so manche Mutter und so manchen Vater überfordert.

Vom Sinn der Schulpflicht

Das bedeutet aber auch, dem Individuum eine hohe Eigenverantwortlichkeit zuzuweisen. Nicht der Staat müsste doch in erster Linie die Verantwortung tragen, sondern der einzelne Bürger. Das heisst auch, dass es ein Recht geben muss, sich der Bildung zu verweigern, sich nicht zu integrieren.

Das mag angehen, wenn es sich um Erwachsene handelt, die selbstgenügsam leben können und die für alle geltenden Gesetze respektieren. Aber wenn es sich um Kinder und Jugendliche handelt, sind die Eltern und – wenn diese versagen – der Staat in der Pflicht, diese zu erziehen. Die Schulpflicht dient dem Interesse der Kinder. Zu Recht sind die staatlichen Instanzen in diesem Punkt streng. Gerade Kinder aus bildungsfernen Familien oder Kinder von arbeitslosen Eltern geraten in Gefahr, schon frühzeitig zu verwahrlosen, das Gefühl für Zeit und Pünktlichkeit zu verlieren, sofern sie es überhaupt bisher entwickelt haben. Kinder sind noch nicht in der Lage zu beurteilen, was ihnen frommt, um später ein eigenständiges Leben führen zu können.

Die Kernaufgabe der Schule war bisher, die Leute weiterzubilden, damit sie im Berufsleben weiterkommen. Nun fehlt plötzlich ein verbindendes Element zwischen diesem Anspruch und dem individuellen Grad der Vorbereitung durch das Elternhaus. Ist es wirklich Aufgabe der Schule, das auch zu leisten?

Gewiss ist die Erziehung der Kinder zuvörderst ein Recht und eine Pflicht der Eltern. Aber auch die Lehrer und Lehrerinnen haben hier eine Aufgabe. Dass die familiäre Erziehung zuweilen im Argen liegt, lässt sich nicht leugnen. Offenbar müssen Eltern mehr darüber aufgeklärt werden, dass vor allem sie für die anständige geistige und emotionale Ausstattung ihrer Kinder zu sorgen haben. Schon im Elternhaus und in der Schule muss der Grundstein für die Bildung gelegt werden. Bereits dort muss die Wissbegier, ja die Lust angeregt werden, sich auf die Welt einzulassen. Kinder und Jugendliche, die zu Hause nicht zum Lesen und Lernen ermutigt werden, schneiden in der Schule deutlich schlechter ab.

Sie waren bis vor kurzem Präsidentin des Goethe-Instituts, einer Institution, die sich weltweit für die



Jutta Limbach gilt als sachlich, klug vorausschauend und hartnäckig.

ULLSTEIN

Verbreitung deutscher und europäischer Kultur einsetzt. Besteht bei einer solchen Institution nicht die Gefahr, dass angesichts der zuvor diskutierten Veränderung des Bildungsbegriffes eine solche Tätigkeit auch ein wenig blutarm wird?

Wir kommen Kindern nicht mit Kant, sondern eher mit Erich Kästner und seinem Buch «Emil und die Detektive». Der erhobene Zeigefinger ist nicht die Schlüsselgeste unserer Kulturarbeit. In dem Wunsch, das Wort Kulturaustausch als wechselseitiges Unternehmen zu organisieren, stellen sich die Goetheaner auf die Kultur des Partnerlandes und vor allem auf die jeweiligen Adressaten der Programme ein. Unsere Institutsleiter horchen daher zunächst einmal in das Land hinein, für das sie zuständig sind, und machen sich mit der lokalen Kultur und mit den dortigen gesellschaftlichen Bedingungen vertraut, um daran anzuknüpfen.

Aber letztlich müsste es doch auch darum gehen, dass der Westen mit einem gewissen Selbstbewusstsein auftritt und – gerade in der muslimischen Welt – seine Wertvorstellungen verteidigt. Wie lässt sich das ohne neue Konflikte vereinbaren?

Wir haben in der Tat nach dem 11. September 2001 unsere Anstrengungen intensiviert, in der islamischen Welt einen aktiven Kulturaustausch zu betreiben, der weder das Thema der Menschenrechte, insbesondere der Toleranz, noch Fragen kultureller Unterschiede oder der Trennung von Staat und Religion ausspart. Die Mitarbeiter des Goethe-Instituts zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht mit simplifizierten Vorstellungen vom Islam oder vom Westen arbeiten, sondern wohl wissen, dass es auch in der islamischen Religion unterschiedliche Strömungen gibt und man den Islam nicht als eine gewalttätige, aggressive Religion missverstehen darf.

Diese aufgeklärte Position, wie wir sie zusammen mit anderen Kulturvermittlern aus Europa eingenommen haben, öffnet uns die Türen. Ich selbst habe in Kairo und in Beirut mit Ministern, Richtern, Rechtswissenschaftlern und Menschenrechtsbeauftragten über die Themen Toleranz, Gleichberechtigung und Pressefreiheit diskutiert. Überdies beeindruckt man eher, wenn man deutlich macht, dass wir im modernen Verfassungsstaat einen Standard menschlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens entwickelt haben, den wir uns nicht nehmen lassen wollen.

Den wir uns nicht nehmen lassen wollen – oder den wir auch in einer universellen Geltung verankert wissen möchten?

Kein Zweifel, es ist unser Ziel, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Weltgeltung zu verschaffen. Wie viel hätten wir erreicht, wenn alle die Würde des Menschen, sein Leben und seine Unversehrtheit sowie die Religionsfreiheit respektierten! Gegen die Idee allgemein geltender Menschenrechte wird gern der Einwand erhoben, dass diese ein Produkt der westlich-christlichen Kultur seien, dass sie wegen ihrer individualistischen Gestalt für Kulturen, die mehr auf Gemeinschaftswerte ausgerichtet seien, nicht akzeptabel seien. Niemand wird leugnen, dass es unterschiedliche Kulturen, Religionen und Traditionen gibt. Doch keine Kultur verlangt Folter, grausame Körperstrafen oder die Verstümmelung von Kindern. Hier Einfluss auszuüben und aufzuklären, ist eine der schwierigsten Aufgaben der Menschenrechtspolitik. Die sanfte Macht der Kultur erweist sich da manches Mal als hilflos. Wir wissen, dass unsere Lebensverhältnisse, die Menschenrechte und politischen Errungenschaften, das Ergebnis bitterer ge-

schichtlicher Erfahrung sind. Sie können nicht einfach auf andere Weltregionen übertragen werden.

Wäre es denn aus Sicht eines aufgeklärten Europäers mit Blick auf den interkulturellen Dialog wünschenswert, wenn analog zum Goethe-Institut eine wahhabitische Kulturinstitution in ähnlicher Weise in Europa, in Deutschland tätig wäre?

Wir müssten es sogar zulassen, solange diese Institution nicht Gewalt predigt und frei von totalitären Ideologien ist. Mit den asiatischen Kulturinstitutionen wird dieser gegenseitige Austausch im Übrigen schon gepflegt. Es gibt ein Konfuzius-Institut in Berlin, eine weitere Niederlassung in Düsseldorf. Ich würde mir von solchen Institutionen innerhalb Europas auch einen Lernprozess auf der anderen Seite versprechen.

Sie plädieren für eine Art kulturellen Wettbewerb? Ja, unbedingt!

Chancengleichheit sicherstellen

Führt das nicht dazu, dass man sich das Gute herausucht und das Schlechte draussen lässt und daraus ein neues, quasi von Negativem gereinigtes Kulturverständnis entwickelt wird?

Ich habe nie etwas von der Idee des Schmelztiegels gehalten. Es ist unrealistisch. Wir beobachten im Zeitalter der Migration, dass wir nicht einmal mehr von einheitlichen Nationalkulturen sprechen können. Ich bin auch nicht sicher, dass immer das Gute, Schöne und Wahre ausgewählt würde. Die Vielfalt der Kulturen bedeutet Reichtum. Ein Gemisch von Kultur und Weltanschauung erscheint mir nicht als erstrebenswert.

Sie sind selbst Mitglied des Konvents für Deutschland, dessen Ziel es ist, in Deutschland die Reformfähigkeit zu stärken. Sie ganz persönlich – wo würden Sie den Hebel ansetzen?

Bei der Chancengleichheit im Kindesalter. Wir können Bildungsunterschiede, die sich als Folge von unterschiedlicher Intelligenz, Veranlagung oder unterschiedlichem Talent erweisen, nur begrenzt oder überhaupt nicht beeinflussen. Dass aber unsere Kinder gleiche Startchancen bekommen, das können und sollten wir sicherstellen.

Beim abgedruckten Interview handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Beitrags zu einem Sammelband, der Ende April unter dem Titel «Mut zum Handeln» im Frankfurter Campus-Verlag erscheinen wird. Im Auftrag des Konvents für Deutschland, eines Beratergremiums unter Vorsitz des früheren deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog, beleuchten namhafte Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur in Interviews mit deutschsprachigen Medien die Reformfähigkeit Deutschlands.

Jutta Limbach – wiederholt die Erste

gü. Sie gilt als sachlich, klug vorausschauend, hartnäckig, freundlich, unnachgiebig bei Rechtsverletzungen. Jutta Limbach, geboren am 27. März 1934, ist keine Frau, die sich nach vorn drängelt – und war doch wiederholt auf ihrem Posten die Erste ihres Geschlechts. So 1971, als sie an der Freien Universität in Berlin bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht sowie Rechtssoziologie zu lehren begann und dort die erste Professorin der juristischen Fakultät war; desgleichen 1994, als sie am Bundesverfassungsgericht zu dessen Präsidentin aufrückte. Die Mutter dreier Kinder hat sich, wie schon Vater und Grossmutter, beizeiten in der SPD engagiert. Das Goethe-Institut leitete sie in den schwierigen Jahren des Umbaus von Mai 2002 bis Ende Februar 2008. Diesen Mai wird von Jutta Limbach beim Verlag C. H. Beck das Buch «Hat Deutsch eine Zukunft?» erscheinen.